

# Werkausschuss

## Protokoll Nr. WA/01/2010

über die öffentliche Sitzung am 11. März 2010,  
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 21:30 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitzender**

Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann

#### **Stadtverordnete**

Herr Christian Conring - ab 20.00 Uhr -  
Herr Uwe Grassau  
Herr Rolf Griesenberg

#### **Bürgerliche Mitglieder**

Frau Marleen Möller  
Herr Werner Segelken-Voigt - i. V. f. STVO Levenhagen -  
Herr Benjamin Stukenberg

#### **Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Jürgen Plage - Seniorenbeirat -

#### **Verwaltung**

Herr Henning Wachholz  
Frau Sieglinde Thies  
Herr Olaf Grönwald  
Frau Doris Nonnenkamp - Stadtverwaltung, Tiefbau -  
Herr Thomas Noell - Protokollführer -

### **Abwesend**

#### **Stadtverordneter**

Herr Detlef Levenhagen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr.05/2009 vom 26.11.2009
5. Technische Kennzahlen der Kläranlage für das Jahr 2009
6. Berichterstattung zum Winterdienst
7. Kenntnisnahmen
  - 7.1 Jahresabschlussprüfung
  - 7.2 Zwischenstand Jahresergebnis
  - 7.3 Dichtheitsprüfung
  - 7.4 Liquidität
  - 7.5 Personalangelegenheit
8. Verschiedenes
  - 8.1 Laubhaufen nach Schneeschmelze
  - 8.2 Stellenplan Bauhof
  - 8.3 Methangerüche
  - 8.4 Kapazität der Kläranlage
  - 8.5 Fischtreppe beim Schlossteich
  - 8.6 Weihnachtsbeleuchtung
  - 8.7 Brauchwasser für Erlenhof
9. Termin der nächsten Sitzung des Werkausschusses

## **1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Werkausschusses, Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann, begrüßt die Mitglieder des Werkausschusses und der Stadtbetriebe sowie den Vertreter des Seniorenbeirates.

## **2. Beschlussfassung über die Tagesordnung**

TOP 7 (Kenntnisnahmen) und TOP 8 (Verschiedenes) werden getauscht. Anschließend wird die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung genehmigt.

## **3. Einwohnerfragestunde**

Ein Besucher hat folgende Fragen:

- **Status in der Strafanzeige des LKA gegen die Bürgermeisterin**

Der Vorsitzende verweist in dieser Angelegenheit auf die Zuständigkeit des Hauptausschusses.

- **Aufbau einer eigenen städtischen Elektrizitätsversorgung**

Die Anwesenden des Werkausschusses kommen nach kurzer Diskussion darin überein, dass derzeit kein Handlungsspielraum für die Gründung eines eigenen Elektrizitätswerkes besteht, da die Stadt mindestens bis zum Jahr 2017 vertraglich gebunden ist. Die Durchleitungsrechte für das Stromkabelnetz wurden an die EON verpachtet.

## **4. Einwände gegen die Niederschrift Nr.05/2009 vom 26.11.2009**

Das Protokoll Nr. 5 vom 26.11.2009 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

## 5. Technische Kennzahlen der Kläranlage für das Jahr 2009

Der Leiter der Kläranlage verteilt eine Tischvorlage und erläutert die wesentlichen technischen Kennzahlen zum Jahr 2009.

### **Jahresschmutzwassermengen**

Die Datenreihe zur Entwicklung der Jahresschmutzwassermengen zeigt 12 Jahre im Verlauf. 2009 ging der Schmutzwasseranfall – mit und ohne Regenwasseranteil - leicht zurück (4,8 %/ 2,9 %). Die Jahresniederschläge fielen zum Vorjahr rund 15 % niedriger aus, wodurch auch etwas mehr Trockenwettertage anfielen.

### **Behördliche Überwachung durch die Kreiswasserbehörde**

Die Untersuchungsergebnisse der behördlichen Überwachung weisen auch für 2009 wieder keine Grenzwertüberschreitungen auf. Aufgrund der neuen Selbstüberwachungsverordnung waren nur noch 8 statt 12 Proben zu nehmen.

### **Energiebilanz 2009**

Der Gesamtgasverbrauch (Klärgas + zugekauftes Erdgas) ist zum Vorjahr um 8,9 % gesunken. Dieser Sachverhalt ist mit der Erneuerung der Fettannahmestation zu begründen.

Aus diesem Grund wurde insgesamt weniger Strom über das BHKW erzeugt. Der Gesamtstromverbrauch blieb insgesamt 11,1 % unter dem des Vorjahres, da der Verbrauch der Kläranlage – wie ein Jahr zuvor angekündigt - weiter gesenkt werden konnte.

Auch für 2010 wird mit der Inbetriebnahme der neuen Fettannahmestation und durch das neue Desintegrationsverfahren mit einer weiteren Absenkung des Stromverbrauchs gerechnet. Der Leiter der Kläranlage gibt den zukünftig angestrebten Eigenversorgungsgrad für Strom mit 75 % an.

### **Methanol**

Der Einsatz von Methanol dient der Reduzierung von Nitratstickstoff. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Verbrauch in Richtung eines Normalwertes von 130 t/a um knapp 14 t – oder 9,4 % - auf 132 t gesenkt werden.

### **EisenIIIchloridsulfat**

Der Verbrauch an EisenIIIchloridsulfat zur Fällung von Phosphat sank um rund 38 t - oder 11,9 % - auf rund 279 t/a (Richtwert 250 t/a).

Die Dosierung erfolgt bezogen auf das Schmutzwasser stets frachtabhängig.

### **Entwicklung Klärschlammanfall**

Mit der Inbetriebnahme der maschinellen Überschussschlammeindickung und der Hochleistungszentrifuge in 2005 konnte der Klärschlammanfall nachhaltig gesenkt werden. Seitdem pendelt die anfallende, zur Verbrennung abgefahrene Menge um den Wert von 230 t/a.

## 6. **Berichterstattung zum Winterdienst**

Zum Winterdiensteinsatz 2009/2010 gab es sowohl Lob als auch deutliche Kritik zur Art und zum Umfang der Einsätze.

Vor diesem Hintergrund berichtet die Technische Leiterin des Bauhofes zum Thema.

Einleitend wird erwähnt, dass die Stadt Ahrensburg in ihrer Satzung vorsieht, auch den Straßen- und Rinnsteinbereich der öffentlichen Verkehrsflächen von Schnee und Eis zu befreien. In vielen anderen Gemeinden dagegen müssen die Anwohner jeweils selbst bis zur Fahrbahnmitte reinigen.

Die Verkehrssicherungspflicht führt für den Betriebsteil Bauhof der Stadtbetriebe zu folgender organisatorischer Handhabung des Winterdienstes:

### A-Gebiet / Dienst auf Hauptverkehrsstraßen und Busstrecken

- Einsatz von Großräumgerät, im Wesentlichen 2 LKW, 1 Traktor, 1 Geräteträger
- I. d. R. Einsatz von Streusalz und Feuchtsalz
- Abstumpfungsmittel notfalls bei anhaltend geschlossenen Schneedecken oder Salz-Knappheit

### B-Gebiet / Nebenstraßen, stets nachrangig zum A-Gebiet

- Einsatz der o. g. Fahrzeuge nach erfolgtem Abstreuen des A-Gebietes
- Ausschließliches Abstreuen mit abstumpfenden Mitteln. Diesen wird eine geringe Menge Salz gegen Verklumpung zugesetzt.

### C-Gebiet / Fußgängerwege, Buchten u. a.

- Reinigungseinsätze auch mittels Kleinschleppern mit Nachlaufstreuern - wo möglich -, jedoch vielfach Winterdienst von Hand.

### Geordneter Ablauf

Der Personalbestand für den Winterdiensteinsatz gliedert sich in 4 Winterdienstkontrollleure und 2 Rufbereitschaften; insgesamt 38 Beschäftigte, die in wöchentlichem Wechsel ihren Dienst in der Bereitschaft versehen.

Die Kontrollleure haben die Entwicklung des Wetters quasi rund um die Uhr im Blick. Hierzu nutzen Sie Medien, Messinstrumente sowie die persönliche Kontrolle im Stadtgebiet. Bei akutem Handlungsbedarf wird die jeweilige Bereitschaft gegen 02:30 /03:00 Uhr am Morgen alarmiert und ist gegen 03:00 /03:30 Uhr vor Ort einsatzbereit.

Ab 07:00 Uhr zum üblichen Dienstbeginn wird unterstützt mit der Kolonne, die nicht in der Bereitschaft ist. Die Bereitschaftskolonne beendet, wenn es die Witterung zulässt gegen 12:00 Uhr ihren Dienst, um dann ab 16:00 Uhr (nach Dienstende) wieder die Bereitschaft zu übernehmen. In der Zeit bis 22:00 Uhr werden dann vorwiegend das A-Gebiet bzw. Gefahrenstellen abgestreut.

### Erkenntnisse

Geäußerte Kritik wurde stets gehört, aufgenommen und zunächst analysiert. Vielfach kam es zu Problemen, die nicht allein auf das Wetter zurück zu führen waren.

In ohnehin schon schmalen Straßenzügen konnte anfangs das Räumgerät noch eingesetzt werden. Typischerweise wurde dabei der Schnee mittels Pflug zu den Seiten „geschoben“. Hierbei wurden leider zwangsläufig einige PKW mit Schnee blockiert.

Eine häufige Folge der Räumung in den Nebenstraßen war, dass Anwohner nun - teilweise beidseits der Straße - ihre PKW neben der aufgeschobenen Schneewulst parkten, wodurch die erforderliche Räumbreite von mindestens 4,5 m erheblich reduziert wurde.

Durch die bekannten Phänomene des Antauens und wieder Frierens entstanden so über die Tage dicke Eisschichten und holperige Pisten, denen man nur noch begrenzt oder gar nicht begegnen konnte, gerade weil eine zeitweise Verknappung des Salzvorrates (die Presse berichtete auch überregional) nur noch die Verwendung abstumpfender Streumittel zuließ.

Die Mannschaften des C-Gebietes unterstützten massiv mit Handräumung, wo dies gemäß Räumplan ohnehin geboten war: Treppenauf-/abgänge, Rampen, Bürgersteige vor öffentlichen Einrichtungen, Buchten.

Bis zu 150 Überstunden bauten sich innerhalb von 2 Monaten bei einigen Beschäftigten auf, wo z. B. Kollegen krankheitsbedingte Vertretungen übernahmen. Insgesamt wurden im Winterdienstesinsatz rd. 1.200 Überstunden bis Ende Februar 2010 aufgebaut.

Von Mitte Dezember bis Ende Februar fielen rd. 450 T€ für Lohn- und Betriebsmittelkosten an (Vorjahres-Wintersaison: 100 T€). Für die Beschaffung von Streusalz (rd. 790 t) und Sand/ Granulat (1.700 t) waren rd. 93 T€ auszugeben.

In der Schlussphase des Winters kamen zeitweise 4 Bagger in Fremdleistung zum Einsatz, um an ausgewählten Orten im Stadtgebiet die Eisschicht in zeitraubender Arbeit dennoch aufzubrechen zu können.

### Perspektiven

Die Technische Leitung schlägt vor, die Beschaffung mindestens eines schmaleren Schneeschildes zu erwägen. Somit könnte in den Nebenstraßen auch noch bei den festgestellten schlechten Platzverhältnissen geräumt werden.

Außerdem wird der jüngste Winter als „Ausnahmewinter“ eingestuft, mit dem wohl nicht jährlich zu rechnen ist. Gerade auch deswegen empfehlen die Mitglieder des Ausschusses zu prüfen, inwieweit für zukünftige Jahre z. B. Gartenbau-, Tiefbau- und/oder Landwirtschaftsbetriebe vertraglich gebunden werden könnten, um im Falle von Engpässen unterstützen zu können. Das benötigte Winterdienst-Zubehörgerät wäre dann geeignet bereitzustellen. Zu prüfen sind in diesem Zusammenhang die notwendigen technischen Anpassungen zum Anbau der Gerätschaften.

### Räumpflicht

Eine Mitarbeiterin der den Bauhof beauftragenden Tiefbauabteilung berichtet an diesem Abend von gegenseitigen Beschwerden einiger Bürger, etwa aus einem Villenviertel, die offenbar in gar keiner Weise ihrer Räumpflicht nachgekommen waren.

Ausgerechnet von diesen Bürgern kamen Beschwerden über unzureichend geräumte Flächen im öffentlichen Bereich. Vor der eigenen Türe aber sei überhaupt nicht gekehrt worden, wie die Kontrolleure im Winterdienst mitgeteilt hatten. Auch gegen das eine oder andere Postwurfschreiben der Verwaltung habe man sich resistent gezeigt.

Die Bürger werden jährlich wiederkehrend vor dem Winter ausreichend über einen Presseartikel in verschiedenen Zeitungen zur Räumspflicht in Ahrensburg informiert. Und sie kommen dabei in den Genuss, dass die Stadt mehr Räumung in Eigenregie übernimmt, als dies in anderen Städten der Fall ist. Trotzdem wird die Räumspflicht vielerorts einfach ignoriert.

Der Werkausschuss empfiehlt angesichts dieser Zustände, künftig bei krassen Verstößen sofort Bußgeldbescheide zu verhängen, ohne zuvor erst Informationsschreiben zu verteilen. Die Bürger seien über ihre Pflichten ausreichend aufgeklärt worden.

Insgesamt kam es nur zu einer Anzeige eines Bürgers gegen einen anderen, der verbotenerweise Salz gestreut hatte. Der Werkausschuss sieht einen Widerspruch im Verbot des Ausbringens von Salz durch die Bürger, wohingegen der Bauhof offenbar sogar in der Nähe von Grünanlagen Salz einsetzt.

Die Technische Leiterin verweist auf die technische gebotene Lösung, den Abstumpfungsmitteln geringe Mengen Salz beizumischen, um eine zu starke Klumpung zu verhindern.

Als weitere negative Folgen des Winters wurden lediglich 3 Schäden an Unterböden von Fahrzeugen sowie ein Personenschaden, der im Zusammenhang mit dem Räumdienst der Stadtbetriebe nicht relevant sein soll, bekannt.

### Anregungen

Speziell der Bereich des Rondeels sollte zukünftig nachhaltiger geräumt werden. Sofern man sich notgedrungen für die Herstellung von Gassen entscheidet, sollen diese Gassen etwas breiter ausgearbeitet und besser von Schneemulch frei gehalten werden. Insbesondere ältere Bürger hatten offenkundig Probleme, sich mit oder ohne Gehhilfen ausreichend sicher zu bewegen.

## **7. Kennnisnahmen**

### **7.1. Jahresabschlussprüfung**

Ab dem 15. März 2010 beginnt die auf zwei Wochen veranschlagte Hauptprüfung durch die Firma Göken, Pollak & Partner.

### **7.2. Zwischenstand Jahresergebnis**

#### **Stadtentwässerung**

Für die Stadtentwässerung wird ein Ergebnis von etwa 250 T€ über Plan erwartet. Dies ist erlösseitig auf eine gegenüber dem Planwert deutlich erhöht abgerechnete Abwassermenge zurückzuführen. Kostenseitig kam es gegenüber dem Planwert zu deutlichen Einsparungen bei den Kostenarten Energie (Strombezug) und Material (insbesondere Fällungsmittel). Die Einsparungen bei den Fällungsmitteln sind letztendlich auf die gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunkenen Ölpreise zurückzuführen. Anhand dieses Ergebnisses darf zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass für das Jahr 2011 keine Gebührenerhöhung ansteht.

#### **Bauhof**

Beim Bauhof bewegt man sich nach aktuellem Stand des Ergebnisses um die Null herum. Allerdings gibt es noch einige offene Belege und Klärungsbedarf auf Seiten der Erlöse. Anzumerken ist, dass sich auf der Erlösseite die im Vergleich zum Vorjahr höhere Fehlzeitenquote negativ auswirkt. Weiterhin ist auch der Produktivstundenausfall eines Vorarbeiters zu nennen, der die Technische Leiterin in der Schwangerschaftspause vier Monate vertreten hatte. Kostenseitig ist insbesondere der tariflich bedingte Anstieg des Personalaufwandes zu verzeichnen.

#### **Anmerkung der Verwaltung**

*Weitere Klärungen im Laufe der Zeit nach der Sitzung des Werkausschusses ergaben, dass noch nicht endgültig abgerechnete Projekte (Winterdienst Monat Dezember sowie die große Schlussrechnung zur Pflege des öffentlichen Grüns) das Ergebnis des Bauhofs maßgeblich positiv beeinflussen. Es ist daher momentan mit einem guten Ergebnis in Richtung der Eigenkapitalverzinsung zu rechnen. Auch ein erhöhtes Überstundenaufkommen trug dazu bei, dass den sich übers Jahr aufgebauten Fehlzeiten entgegen gewirkt wurde. Nicht zuletzt die – nach Jahren erstmalig - leichte Anhebung der Stundenverrechnungssätze halfen, das Planergebnis voraussichtlich annähernd zu erreichen.*

### 7.3. Dichtheitsprüfung

Der Werkleiter berichtet zum aktuellen Stand dieser Thematik.

Eine zwischenzeitlich angedachte Durchführung der Prüfungen durch die abwasserbeseitigungspflichtigen Kommunen und anschließender allgemeiner Verrechnung der Kosten über die Abwassergebühren sei nach nunmehr erfolgter rechtlicher Prüfung wieder vom Tisch, da diese Verfahrensweise nicht mit dem Kommunalabgabengesetz vereinbar sein soll.

In Schleswig-Holstein sind bislang insbesondere dort auf privaten Grundstücken Dichtheitsprüfungen durchgeführt worden, wo diese sich innerhalb des Einzugsgebietes von Wasserschutzgebieten befinden (hier ist die Frist zur Durchführung der Überprüfung bereits abgelaufen).

Insbesondere im Kreis Stormarn sei der Aufschrei bzw. die Gegenwehr zur Dichtheitsprüfung besonders groß. Von den Gegnern wird moniert, dass die vom Ministerium als Grundlage herangezogenen DIN 1986, Teil 30, lediglich eine Norm eines interessengesteuerten eingetragenen Vereines sei und keinerlei Gesetzeskraft genieße. Das Ministerium wiederum betont jedoch in ihrer Stellungnahme, dass die besagte DIN als allgemein anerkannte Regel der Technik anerkannt sei, somit unmittelbar gelte und nicht extra in ein Landeswassergesetz eingeführt werden müsste. Wollte man von den in der DIN genannten Fristen abweichen, müsste dieses per Erlass eingeführt werden. Danach dürfte allerdings nicht mehr davon abgewichen werden.

Weitere Kritikpunkte der Gegner richten sich auf die Argumente, warum die Prüfungen überhaupt durchgeführt werden sollten:

Einerseits wird der Grundwasserschutz genannt. Das Grundwasser – so die Gegenargumentation - werde jedoch in unseren Bereichen in Hunderten von Metern Tiefe gefördert und ein paar Tropfen Abwasser können nicht für eine generelle Grundwasserverschmutzung herhalten, zumal die Belastungen der Einträge über die Landwirtschaft sehr viel stärker wiegen. Und wenn es um den Grundwasserschutz geht sind nicht die Kommunen sondern vielmehr die Unteren Wasserbehörden der jeweiligen Kreise zuständig.

Andererseits wird auch die Fremdwasserproblematik als Kostenverursacher auf den Kläranlagen von den Befürwortern genannt. Diese Problematik trifft jedoch für viele Kanalnetze (wie auch in Ahrensburg) nur im geringen Maße zu.

Es wird weiterhin eingewendet, dass viele Leitungen erst durch die eigentliche Prüfung undicht werden: Vor der Kamerabefahrung wird eine Hochdruckspülung der Leitungen erforderlich, sodass die Muffenverbindungen hierdurch geschädigt werden. Man wehrt sich außerdem gegen den Generalverdacht, dass die Leitungen undicht seien.

Der Werkleiter empfiehlt, die weitere Gesetzgebung des Landes abzuwarten, zumal noch im März 2010 mit einer Änderung des Landeswassergesetzes gerechnet wird.

#### **7.4. Liquidität**

Tagesgeld	2.045 T€	zu 0,6 %
Giro-Konto SEA	205 T€	
Giro-Konto Bauhof	40 T€	
per 11. März 2010		

#### **7.5. Personalangelegenheit**

Zwei Beschäftigte der Stadtbetriebe - Bereiche Finanzbuchhaltung und Kläranlage - werden im laufenden Jahr in Mutterschaftsurlaub gehen.

## **8. Verschiedenes**

### **8.1. Laubhaufen nach Schneeschmelze**

Mit einsetzender Schneeschmelze sind vereinzelt verbliebene Laubhaufen zu erkennen. Der Werkausschuss ersucht um Beseitigung - sobald möglich.

### **8.2. Stellenplan Bauhof**

Hinsichtlich der geschilderten Fehlzeitenentwicklung erinnert ein Mitglied des Gremiums noch einmal an das Thema „Zukünftige Pflege von Stauden-/Grünflächen im Bereich Große Straße“. Näheres sollte nach Abstimmung mit der beauftragenden Verwaltung und den zuständigen Gremien ggf. zum kommenden Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 berücksichtigt werden.

### **8.3. Methangerüche**

Der Werkleiter erklärt, dass Gewässerproben im Bereich Hopfenbach genommen wurden. Die Messreihen haben keine Auffälligkeiten gezeigt. Die Geruchsentwicklung wird auf Umsetzungsprozesse im Gewässer zurückgeführt. Die Faulgase konnten durch die geschlossene Eisdecke nicht, bzw. nur an den offenen Stellen konzentriert entweichen.

### **8.4. Kapazität der Kläranlage**

Im Rahmen der wiederkehrenden Beschäftigung mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept „ISEK“ kann seitens der Stadtbetriebe versichert werden, dass die Kläranlage mit ihrer Auslegung für 50.000 Einwohnergleichwerte gut auf ein Anwachsen von Bevölkerung und Gewerbe im Stadtgebiet vorbereitet ist. Der Leiter der Kläranlage ergänzt, dass bei aktuell rd. 38.000 EWG zwar die anfallende Schmutzwassermenge stetig gesunken ist, die Schmutzfracht im Verhältnis jedoch geblieben ist.

## **8.5. Fischtreppe beim Schlossteich**

Allgemein wird im Bereich Schlossteich/ Hopfenbach ein niedriger Wasserstand beobachtet. In diesem Zusammenhang sieht man die angrenzenden Uferzonen in Gefahr. Der Werkleiter erläutert, dass die unlängst eingebaute Fischtreppe durch einen vergrößerten Grundablass automatisch gesteuert wird.

Die Höhenwerte der Treppe selbst seien von der Unteren Wasserschutzbehörde vorgegeben worden.

Ob damals ein Messfehler vorgelegen habe, sei nicht vollkommen auszuschließen, ergänzt der als Gast anwesende ehemalige Technische Leiter der Stadtentwässerung. In jedem Fall ist ein Hochstauen mit der gegebenen Technik ohne nachträgliche bauliche Veränderungen nicht mehr möglich.

Ein Mitglied des Werkausschusses gibt zu bedenken, ob es nicht sinnvoller ist, frühzeitig in eine bauliche Veränderung zu investieren, statt später die möglichen negativen Folgen eines anhaltenden Niedrigwasserstandes bezahlen zu müssen.

### ***Anmerkung des Protokollanten***

*Der Werkausschuss verfolgt dieses Thema in der Sitzung vom 11.03.2010 nicht abschließend und ohne weitere Empfehlung.*

## **8.6. Weihnachtsbeleuchtung**

Die Einrichtung der Weihnachtsbeleuchtung im Innenstadtbereich ist eine Gemeinschaftsaktion der Firma Löw, der Stadtbetriebe Ahrensburg und dem Stadtforum. Die Firma Löw und der Bauhof übernehmen mit ihrer Arbeitsleistung einen Teil der Finanzierung, das Stadtforum stellt die Beleuchtung.

## **8.7. Brauchwasser für Erlenhof**

Ein Gast erinnert im Zusammenhang mit der Initiative Erlenhof daran, eine mögliche Versorgung des Gebietes mit Brauchwasser der Stadtentwässerung in Erinnerung zu behalten.

## **9. Termin der nächsten Sitzung des Werkausschusses**

Die nächste Sitzung des Werkausschusses wird zunächst für den 10. Juni 2010 festgesetzt. Eine spätere Abstimmung zwischen Vorsitzendem und Werkleiter folgt.

gez. Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann  
Vorsitzender

gez. Thomas Noell  
Protokollführer